



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	5
FRISCH AUS DER DRUCKEREI - Blaue Post Bautzen - Ausgabe April 2021	5
AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen	5
Widerspruch gegen die Allgemeinverfügung vom 19.04.2021	5
Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen.....	6
AfD fordert: Teilschulnetzplan aussetzen und überarbeiten.....	6
Termine – Kreisverband Bautzen.....	7
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	7
Webseite Karsten Hilse, MdB	7
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	8
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 18.4.2021	8
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 17./18.4.2021	10
AfD beantragt Sonderplenum	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.4.2021	10
Verschärfung der Corona-Notbremse? Entmachtung der Länder stoppen!	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.4.2021	11
AfD-Anfrage zeigt: Kohlemilliarden bringen keine neuen Jobs in die Lausitz	11
Menschen einzusperren, ist lebensfremd und verfassungswidrig	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.4.2021	12
AfD kann Protest gegen Agrarminister Günther verstehen	12
Nächste Schlappe vor Gericht für Kretschmer: Ausgangssperren komplett streichen!.....	12
Neues von der Alternative für Deutschland	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 17./18.4.2021	14
Joachim Kuhs zum Luther-Jubiläum.....	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.4.2021	15



Auch nach Änderungen: AfD bleibt bei NEIN.....	15
Baerbocks Harmonie-Soße verschleiert den Öko-Sozialismus des grünen Wahlprogramms .	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.4.2021	16
Auch in Corona-Zeiten: Unsere Kinder brauchen Schulabschlüsse!.....	16
Joachim Kuhs zur ifo-Schulstudie.....	16
Das Wahlprogramm der Grünen.....	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.4.2021	17
Demokratie braucht Meinungsvielfalt, keine einseitige politische Bildung	17
Stephan Brandner zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes	18
EU-Klimagesetz heute Nacht verabschiedet.....	18
Geplante ARD-Sendungen – Wissenschaftlich verbrämter Wahlkampf für die Grünen	19
PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.4.2021	20
Merz folgt AfD-Forderung nach Verbot von „Gendersprache“	20
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	21
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 17./18.4.2021	21
Sachverständigen-Anhörung bestätigt AfD-Kritik am Infektionsschutzgesetz	21
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.4.2021	22
Eine Kanzlerin Baerbock wäre eine Katastrophe für Deutschland!	22
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.4.2021	22
Zum Wohle unserer Kinder – Nein zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes	22
PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.4.2021	23
Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur EU-Schulden- und Haftungsunion ist bestürzend	23
Distanzunterricht nicht mehr tragbar.....	24
Freiheit statt Notstand!	24
Staatliche Suizidhilfe ist Einstieg in eine Kultur des Todes	25
Deutschland muss sich stärker für den Schutz verfolgter Christen engagieren.....	25
PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.4.2021	26
AfD-Bundestagsfraktion hat beim Bundesverfassungsgericht Hängebeschluss gegen EU-Aufbaufonds beantragt	26
Bundesrat hat seine Pflicht zur Anrufung des Vermittlungsausschusses vertan – und vor Merkel gekuscht	26
Den Grünen geht die Beschneidung der Grundrechte nicht weit genug.....	27
Fünf Jahre Armenien-Resolution – Bundesregierung knickt vor Erdogan ein	27
EU mit Westbalkan-Politik komplett gescheitert.....	28



Grundlage für Eingriff in die Grundrechte herbeigetestet	28
PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.4.2021	29
Merkel muss sich heute unbequemen Fragen stellen	29
Förderung von Impfstoffentwicklung darf nicht willkürlich vergeben werden	29
Video-Empfehlungen	30
Armin Laschet entlarvt! Wer ist er wirklich? Die dunkle Vergangenheit! Dr. Gottfried Curio ..	30
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	30
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	30
Kanal von AfD Kompakt TV	30
Wochenendpodcast der AfD	30
AfD im EU-Parlament	30
Meldungen aus Deutschland und der Welt	31
Vermischtes aus Deutschland und der Welt	31
AfD-Arbeitsgruppe Verfassungsschutz: Bundesvorstand ignoriert Parteitagsvotum	31
AfD beantragt Gründung einer Akademie für deutsche Sprache!	31
Informationen zum Coronavirus	31
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	31
Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard	31
Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands	31
Maskenpflicht: Bystron erinnert Schulleiter an Ermessensspielraum	31
AfD reicht Antrag gegen Corona-Testzwang ein	31
Bundestag beschließt neues Infektionsschutzgesetz	31
Endgültiges Ergebnis der Namentlichen Abstimmung zum Infektionsschutzgesetz	31
Corona-Infos für Sachsen	32
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung	32
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	32
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	32
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“	32
Fakten in Bildern	33
Achtung Satire!	35
Kommunalmandate im KV Bautzen	36
PRESSE-ARCHIV	36
SPENDENKONTO	36



KONTAKT:.....36



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

FRISCH AUS DER DRUCKEREI - Blaue Post Bautzen - Ausgabe April 2021

Das Wahlkampfjahr ist gestartet und vor allem im Osten steigen die Umfragezahlen unserer AfD.



Lasst uns gemeinsam kämpfen und allen Widrigkeiten trotzen!

Die neue Ausgabe der Blauen Post Bautzen ist frisch gedruckt und kann an den bekannten Stellen abgeholt und verteilt werden.

Hier der Link für die Online-Verbreitung:

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen

Widerspruch gegen die Allgemeinverfügung vom 19.04.2021

Sehr geehrter Herr Landrat Harig,

mit Ihrer neuesten Allgemeinverfügung vom 16.04.2021 mit Wirkung vom 19.04.2021 werden die aus unserer Sicht rechtswidrigen Anordnungen der letzten Allgemeinverfügung vom 05.04.2021 fortgeschrieben bis zum 09.05.2021.

Diese Entscheidung ist für uns ein neuerlicher Beleg dafür, daß sich **die Exekutive auf allen Ebenen mehr und mehr radikalisiert**. Umso entschlossener muß deshalb die bürgerliche Gesellschaft **demokratische Prinzipien verteidigen**.

Zum sogenannten Inzidenzwert und dessen medizinische und gesundheitspolitische Fragwürdigkeit und Manipulierbarkeit erläuterten wir Ihnen unsere Haltung in vorangegangenen Widersprüchen. **Mit dem Schutz vor einer tödlichen Krankheit** haben die von Ihnen bisher verfügten Anordnungen nach heutigem allgemeinem Erkenntnisstand **nichts mehr zu tun**. Wir sehen in den fehlgeleiteten und zerstörerischen Maßnahmen gegen unsere Gesellschaft nur noch **politische Willkür und Machtwillen** der Exekutive am Werk. Die AfD steht für die Erhaltung von Demokratie und Freiheit, für unsere Heimat und unsere Kultur, für unseren Wohlstand und **die gesicherte Zukunft** unserer Kinder.

Daher lege ich Widerspruch gegen die von Ihnen verfügten und verlängerten Maßnahmen zum Vollzug des Infektionsschutzgesetzes ein. Im Namen der AfD-Fraktion verlange ich die Rücknahme der Allgemeinverfügung vom 16.04.2021 in Verbindung mit einer sofortigen Rückkehr zur unbeeinträchtigten Lebensvielfalt der Menschen in unserem Landkreis.

Mit freundlichen Grüßen

Henry Nitzsche
Fraktionsvorsitzender



Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen

AfD fordert: Teilschulnetzplan aussetzen und überarbeiten

Mehrere Landkreise in Sachsen sind der Empfehlung der Staatsregierung zum Teilschulnetzplan für Berufsschulen nicht gefolgt und haben diesen abgelehnt. Darunter auch der Landkreis Bautzen.

Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag reichte nun einen entsprechenden Antrag (Drs.: 7/5950) ein: „Den ländlichen Raum nicht abhängen – Neufassung des Teilschul-netzplans Berufsschulen für ein Jahr aussetzen“



Dazu erklärt Frank Peschel, Landtagsabgeordneter aus Bautzen:

„Das nicht alle Landkreise in Sachsen den Teilschulnetzplan mittragen zeigt, dass er nicht ausgewogen ist und, gerade für uns im Landkreis Bautzen, nachteilig ist. Die negativen Auswirkungen in der Berufsschulbildung sind so gravierend, dass wir eine Aussetzung des Teilschulnetzplans Berufsschulen bis zum Beginn des Schuljahres 2022/23 fordern.

Staatsregierung und Landkreis sollen sich nochmals ins Benehmen setzen, um eine für alle einvernehmliche Lösung zu erzielen. Wir müssen auf jeden Fall verhindern, dass die bisherige Ausbildungsvielfalt in Bautzen zerstört wird. Wir brauchen im Landkreis Bautzen weiterhin breit aufgestellte Ausbildungsangebote.“

<https://www.facebook.com/photo?fbid=874884996404050&set=a.113225665903324>



Termine – Kreisverband Bautzen

Do	29.04.21	10.00-14.00 Uhr	Reichenstraße (am Reichturm) Bautzen	INFOSTAND BUNDESTAGSWAHLKAMPF mit Karsten Hilse und dem Kreisverband Bautzen
Mi	05.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Do	06.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE der AfD-Stadtratsfraktion Bautzen
Mo	10.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	11.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	12.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

Webseite Karsten Hilse, MdB

Die Internetseite unseres Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse ist online.

Unter www.karstenhilse.de können Sie sich immer über ihn und seine Arbeit informieren.



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 18.4.2021

Liebe Freunde, liebe Leser,

während Bundeskanzlerin Angela Merkel gerade an der Entmachtung der Bundesländer arbeitet, um die nächste Corona-Notbremse durchdrücken zu können, haben viele andere Staaten die Lage ohne Lockdown unter Kontrolle bekommen.

Internationale Berühmtheit hat dabei der US-Bundesstaat Florida erlangt. Hier gab es nie eine Maskenpflicht und von allen Einschränkungen nahm der republikanische Gouverneur Ron DeSantis schon im September Abstand. Somit sind seither die Kindergärten, Schulen und Ladengeschäfte offen. Im Gegensatz zu strengeren US-Staaten floriert die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben ist von Fröhlichkeit geprägt.



Nur deutsche Medien gießen hier Wasser in den Wein, wenn sie mutmaßen, dies sei die „Party vor der vierten Welle“ (ZEIT). Tatsächlich gibt es Corona weiterhin mit Aufs und Abs in Florida. Richtig ist auch, dass dort die registrierten Infektionszahlen relativ hoch liegen, weil sich mehr junge Menschen begegnen.

Aber, und das ist der entscheidende Punkt: Das Risiko an Corona zu sterben, ist in Florida niedriger als in Sachsen. Es liegt seit Ausbruch der Krankheit bei 0,16 Prozent. Sachsen kommt in dieser Statistik auf einen Wert von 0,20 Prozent. Das könnte freilich an den etwas angenehmeren Temperaturen liegen.

Die Behauptung, ein Lockdown-Verzicht sei ein Himmelfahrtskommando, ist dennoch eindeutig widerlegt. Der deutsche Virologe Klaus Stöhr, früher tätig bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO), erklärt dazu: „Es ist nicht so, dass Staaten wie Florida keine Maßnahmen ergriffen hätten – sie sind nur gezielter vorgegangen.“

Stöhr weiß darüber Bescheid, weil er selbst einige US-Staaten zu Corona beraten hat. Seine Empfehlung, die Florida anscheinend exzellent umsetzte, lautete: Konzentriert euch „auf die Sicherheit der Krankenhäuser, Pflegeheime und vulnerablen Personen“.



Diesen konsequenten Schutz der Risikogruppen hat auch die AfD immer vorangestellt. Geht man so vor, geschieht folgendes: „Dadurch, dass es insgesamt weniger strenge Regeln gerade bei den Jungen gab, dürften sich viele Menschen bereits unbemerkt infiziert haben und dadurch eine natürliche Immunität erlangt haben, die das Fortschreiten der Pandemie nun immer mehr abbremst“, so Stöhr über Florida.

Übrigens: Mit dem Verzicht auf einen Lockdown steht Florida in den USA keineswegs als einsamer Außenseiter da, wie es deutsche Medien gern schildern. In einer Rangliste über die geringsten Beschränkungen kam Florida sogar nur auf Platz acht. Am freiheitlichsten agiert Iowa. Es liegt 2.000 Kilometer nordwestlich von Florida. Und siehe da: Auch hier ist das Todesrisiko niedriger als in Sachsen. Allein am Wetter scheint es also nicht zu liegen.

Ebenfalls einen Sonderweg hat Schweden eingeschlagen und wurde dafür aus Deutschland mit Häme bedacht. Die vorgebrachten Argumente schwedischer Experten für einen Lockdown-Verzicht sind jedoch sehr einleuchtend. Der Epidemiologe Martin Kulldorff sagte vor wenigen Tagen der WELT, Lockdowns würden ausschließlich die „Laptop-Klasse, die im Homeoffice arbeiten“ könne, schützen. Damit würde aber lediglich „das Risiko von den wohlhabenden auf die weniger wohlhabenden Klassen“ verlagert.

Das lässt sich in der Tat jeden Tag im Supermarkt beobachten: Weder für die Kassiererin noch für das ältere Ehepaar, das Lebensmittel einkaufen muss, gibt es eine wirksame Schutzstrategie. Um dieses Problem zu lösen, haben wir im November ein Konzept mit gesonderten Einkaufszeiten für Risikogruppen präsentiert, das die Altparteien aber aus ideologischer Verblendung ablehnten.

Sie richten lieber riesige Kollateralschäden mit der Holzhammer-Methode an, statt sich auf wenige, effektive und zielführende Schutzmaßnahmen zu einigen, die sinnvoll sind, um Leben zu retten. Wir werden diesen Kurs weiter kritisieren und am Dienstag in einer Sondersitzung des Sächsischen Landtages erneut dafür werben, das Konzept der erfolgreichen Krisenbekämpfer zu übernehmen.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/3968759333215934/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 17./18.4.2021

AfD beantragt Sonderplenum

Die AfD-Fraktion hat eine Sondersitzung im Sächsischen Landtag für den 20. April beantragt. Wir stellen den Antrag: „Föderalismus erhalten – Nein zum Verlust von Länderkompetenzen durch das Infektionsschutzgesetz“ (7/6053).

Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt:

„Die CDU-Bundesregierung will bei den geplanten Änderungen im Infektionsschutz-Gesetz die Länder entmachten. Sie will mit ihrer ‚Corona-Notbremse‘ ab einer bestimmten Inzidenz Schulen schließen, Ausgangssperren verhängen und Läden zusperren. Die AfD verwehrt sich der Einflussnahme des Bundes auf die Länder, besonders auf der Basis des wissenschaftlich hochumstrittenen Inzidenzwertes.



Der Vergleich mit zentral regierten Ländern wie Frankreich oder den Niederlanden zeigt, dass Zentralismus keineswegs zu besseren Ergebnissen im Umgang mit Corona führt. Zudem belegen Länder wie Schweden oder der Bundesstaat Florida, dass man sehr wohl ohne schädlichen Lockdown mit dem Virus leben kann. Auch hat die Regierung in den letzten Jahren die Schließung zahlreicher Krankenhäuser und den damit verbundenen Personalabbau gefördert (7/5732) und seit dem Auftauchen von Corona nicht gegengesteuert.

Zahlreiche Experten haben rechtliche Bedenken gegen den Frontalangriff des Bundes auf die föderalen Kompetenzen der Länder geäußert. Wir fordern die Staatsregierung in unserem Antrag deshalb auf, den Gesetzentwurf ergebnisoffen im Bundesrat zu diskutieren und sich um eine Klärung im Vermittlungsausschuss zu bemühen. Zudem soll die Landesregierung eine abstrakte Normenkontrolle vor dem Bundesverfassungsgericht prüfen lassen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-beantragt-sonderplenum-2/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.4.2021

Verschärfung der Corona-Notbremse? Entmachtung der Länder stoppen!

Laut übereinstimmenden Medienberichten droht eine nochmalige Verschärfung der „Corona-Notbremse“. Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Obwohl erst am Freitag das Verwaltungsgericht Leipzig Ausgangssperren zurückwies, will die Bundesregierung sie brachial durchsetzen. Ebenso beunruhigen mich Meldungen, wonach die Versammlungsfreiheit noch massiver eingeschränkt werden soll. Wenn sich dann auch noch der Bund anmaßt, von oben herab erneute Schulschließungen ab einer Inzidenz von 100 anzuordnen, bringt dies das Fass zum Überlaufen. Bildungspolitik ist eindeutig eine Sache der Länder.“



Aus diesem Grund haben wir eine Sondersitzung des Sächsischen Landtages durchgesetzt. Der Landtag soll sich morgen auf unseren Antrag hin für den Erhalt des Föderalismus aussprechen (Drs. 7/6053). Um eine Entmachtung der Länder zu stoppen, fordern wir die sächsische Staatsregierung außerdem dazu auf, die geplante Corona-Notbremse unverzüglich vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen. Wir sind uns sicher, dass eine solche Notbremse unvereinbar mit dem Grundgesetz ist, das gleich ein ganzes Bündel an Artikeln zu den Befugnissen der Länder enthält.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/verschaeerfung-der-corona-notbremse-entmachtung-der-laender-stoppen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.4.2021

AfD-Anfrage zeigt: Kohlemilliarden bringen keine neuen Jobs in die Lausitz

Der Kohleausstieg und der damit verbundene Strukturwandel wird mit 40 Milliarden Euro Steuergeld finanziert. Eine AfD-Anfrage ergab nun, dass mit dem Geld in der Lausitz fast ausschließlich kommunale Strukturen saniert, aber keine neuen Jobs geschaffen werden ([7/5835](#)).

[Roberto Kuhnert](#), bergbaupolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Der überhastete Kohleausstieg wird die Lausitz weiter entvölkern, weil dadurch zehntausende gutbezahlte Arbeitsplätze wegfallen. Es hilft den ehemaligen Kohlekumpeln wenig, wenn ein neuer Sportplatz gebaut oder die Schule saniert wird. Davon können sie ihre Familien nicht ernähren. Mit dem Kohlegeld will die CDU nur ihre langjährigen Versäumnisse übertünchen.“

Der vollmundig versprochene Strukturwandel von CDU-Ministerpräsident Kretschmer ist jetzt schon gescheitert. Bisher hat er in der Lausitz lediglich die Ansiedlung von Forschungsinstituten ankündigen können, in denen nur hochqualifizierte Akademiker auf Kosten der Steuerzahler Arbeit finden. Die AfD-Forderung nach einer Sonderwirtschaftszone wird weiter ignoriert. Zudem droht laut der Netzbetreiber bereits nächstes Jahr ein verheerender Stromausfall, nachdem Deutschland unvernünftig aus Kohle und Kernkraft gleichzeitig aussteigt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-zeigt-kohlemilliarden-bringen-keine-neuen-jobs-in-die-lausitz/>

Menschen einzusperren, ist lebensfremd und verfassungswidrig

Zur heutigen Sondersitzung des Sächsischen Landtages erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Die geplante Corona-Notbremse der Bundesregierung ist im Kern staatszersetzend, weil sie die Länder übergeht und entmachtet. Dagegen lediglich mit einer Protokollnotiz im Bundesrat protestieren zu wollen, ist viel zu wenig.“



Wir fordern die Regierung deshalb dazu auf, das Inkrafttreten des Bevölkerungsschutzgesetzes am Donnerstag im Bundesrat zu verhindern. Zudem sollte die Regierung die Möglichkeit einer Normenkontrolle vor dem Bundesverfassungsgericht nutzen.

Gerade die Regelungen zu neuen Ausgangssperren im Gesetz sind lebensfremd und noch dazu in unseren Augen verfassungswidrig. Wer angesichts einer äußerst geringen Infektionsgefahr im Freien gewillt ist, Menschen in ihren zum Teil engen Wohnungen einzusperren, der darf sich nicht wundern, wenn dagegen der Widerstand wächst.

Statt eines Endlos-Lockdowns brauchen wir eine durchdachte Öffnungsstrategie. Andere Länder zeigen, dass dieser Weg erfolgreich beschritten werden kann. Es ist somit höchste Zeit, ihnen zu folgen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/menschen-einzusperren-ist-lebensfremd-und-verfassungswidrig/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.4.2021

AfD kann Protest gegen Agrarminister Günther verstehen

In einem Brandbrief an CDU-Ministerpräsident Kretschmer protestieren die sächsischen Bauern gegen die Fehlpolitik des grünen Landwirtschaftsministers Wolfram Günther. Die Interessen der Bauern würden „konsequent ignoriert“. Verantwortungsvolle Regierungsarbeit sei nicht zu erkennen.

[Jörg Dornau](#), landwirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Verantwortlich für die desaströse Agrarpolitik in Sachsen ist die CDU. Obwohl es eine bürgerliche Mehrheit gibt, hat sie die Bauernfeinde der grünen Verbotspartei in die Regierung geholt. Nun ist der Schaden da, vor dem alle gewarnt haben.“

Die AfD unterstützt die Klage der Bauern gegen die neue Düngeverordnung von Günther. Es ist falsch, die Landwirte für über 30 Jahre alte Nitratbelastungen zu bestrafen, für die sie gar nicht verantwortlich sind. Dazu kommt ein Gutachten über fehlerhafte Messstellen, dass der grüne Fundamentalist Günther einfach ignoriert. In Zukunft kann nun auf vielen Flächen im Freistaat nicht mehr wirtschaftlich sinnvoll Landwirtschaft betrieben werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-kann-protest-gegen-agrarminister-guenther-verstehen/>

Nächste Schlappe vor Gericht für Kretschmer: Ausgangssperren komplett streichen!

Das Sächsische Obergerverwaltungsgericht hat in einem gestern veröffentlichten Normenkontrollurteil die Ausgangsbeschränkungen der ersten Corona-Verordnung aus dem Jahr 2020 für „unwirksam“ erklärt. Sie seien eine „unangemessen schwere Belastung für alle Betroffenen“ gewesen, weil „empfindliche Geldbußen“ für „Sport und Bewegung im Freien“ unter bestimmten Umständen drohten.

Dazu erklärt der rechtspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Dr. [Volker Dringenberg](#):

„Das Urteil des Obergerverwaltungsgerichtes ist der nächste Nackenschlag für die CDU-Regierung von Ministerpräsident Michael Kretschmer. Sie sollte daraus die Schlussfolgerung ziehen, in Zukunft die Finger von allen Ausgangssperren zu lassen. Sport und Bewegung an der frischen Luft



sollten in jedem Fall erlaubt sein. Es ist grotesk, Kindern sowohl den Schulbesuch als auch das Kicken auf dem Bolzplatz zu verbieten.

Ich gehe jedoch davon aus, dass die Landesregierung trotz des Gerichtsurteils an ihrer Zustimmung zur Corona-Notbremse im Bundesrat festhält. Lediglich mit einer lächerlichen Protokollnotiz will sie bei den Bürgern den Eindruck ernsthafter Bedenken erwecken. Dieser Protest ist somit komplett unglaubwürdig.

Unsere Fraktion hat indes zwei Klagen gegen die Corona-Verordnungen beim Verfassungsgerichtshof auf den Weg gebracht. Wir sind optimistisch, dass wir gerade im Hinblick auf die von uns kritisierten Ausgangssperren Recht bekommen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/naechste-schlappe-vor-gericht-fuer-kretschmer-ausgangssperren-komplett-streichen/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 17./18.4.2021

Joachim Kuhs zum Luther-Jubiläum

Ein epochaler Streiter für Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Am Sonntag, dem 18. April, gedenken wir eines wahrhaft mutigen Mannes.

Martin Luther sprach vor 500 Jahren auf dem Reichstag in Worms zu Kaiser Karl V. folgende, ins kollektive Gedächtnis eingegangene Worte: „... wenn ich nicht durch Zeugnisse der Schrift und klare Vernunftgründe überzeugt werde, denn weder dem Papst noch den Konzilien allein glaube ich, da es feststeht, daß sie öfter geirrt und sich selbst widersprochen haben, so bin ich durch die Stellen der heiligen Schrift, die ich angeführt habe, überwunden in meinem Gewissen und gefangen in dem Worte Gottes. Daher kann und will ich nichts widerrufen, weil wider das Gewissen etwas zu tun weder sicher noch heilsam ist. Hier stehe ich. Ich kann nicht anders. Gott helfe mir, Amen!“

Joachim Kuhs, Mitglied im Bundesvorstand, Vorsitzender der Christen in der AfD und EU-Parlamentarier, anlässlich des Jubiläums:

„Die Worte ‚Hier stehe ich. Ich kann nichts anders‘ mögen von anderen hinzugefügt worden sein. Sie fassen das Zitierte allerdings schön zusammen und drücken sehr gut aus, was Martin Luther sagen wollte. Mit seiner geradezu kühnen Aussage stellte er sich offen gegen die kirchliche und die weltliche Autorität. Er wiederholte gewissermaßen die biblischen Worte der Apostel vor dem Hohen Rat, die in einer ähnlich verzwickten Lage sagten: ‚Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen‘.

Ohne es zu ahnen, hat der deutsche Reformator damit dem Primat der Heiligen Schrift und des persönlichen Gewissens über die bisher unantastbaren Autoritäten von Kirche und Staat zur Geltung verholfen. Bis heute schätzen und genießen wir die Früchte seines mutigen Auftretens, wie beispielsweise die grundgesetzlich geschützte Freiheit des Glaubens, des Gewissens und der Religionsausübung. Auch die in vom Christentum geprägten Gesellschaften selbstverständlich gewordene Trennung von Kirche und Staat sowie die Gewaltenteilung und das Demokratieprinzip wie auch die von der biblischen Gottesebenbildlichkeit hergeleitete Menschenwürde mit allen Menschenrechten sind ohne Luthers mutiges Auftreten vor Kaiser und Reich kaum denkbar.

Es verwundert daher, dass unser Bundespräsident heute, am Freitag, lediglich eine Videoansprache bei einem digitalen Festakt für dieses bedeutende Ereignis geplant hat. Ich hätte mir mehr gewünscht, denn Martin Luthers Auftreten gegenüber Kaiser und Reich vor 500 Jahren in Worms war ein epochales Ereignis.“

<https://www.afd.de/joachim-kuhs-zum-luther-jubilaem/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.4.2021

Auch nach Änderungen: AfD bleibt bei NEIN

Am heutigen Montag soll Medienberichten zufolge eine Einigung bezüglich der geplanten Änderung des Infektionsschutzgesetzes erreicht worden sein. So soll die Ausgangsbeschränkung von 22:00 Uhr bis 5:00 Uhr Geltung haben, Spaziergänge bis Mitternacht möglich sein und das Abholen bestellter Waren erlaubt bleiben.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher, macht deutlich, dass auch ein solcher „fauler Kompromiss“ nicht dazu führe, dass die AfD ihre vollständig ablehnende Haltung aufgebe. Von derartigen Lösungen ließen sich vielleicht die anderen Oppositionsparteien beeindrucken – die AfD bliebe aber standhaft.

„Die Änderung des Infektionsschutzgesetzes geht mit einem massiven Angriff auf den Föderalismus einher und inakzeptable Grundrechtseingriffe sind immer noch Herzstücke des Gesetzentwurfes. Die geplante Änderung ist aus vollem Herzen abzulehnen: sie schränkt zudem den Rechtsweg massiv ein. Wir werden uns mit allen Möglichkeiten gegen den Gesetzentwurf stemmen.“

Baerbocks Harmonie-Soße verschleiert den Öko-Sozialismus des grünen Wahlprogramms

Bündnis 90/Die Grünen haben Annalena Baerbock als Kanzlerkandidaten nominiert.

Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin, erklärt zu Baerbocks Wahl:

„Wenn Baerbock den zwangsverordneten ‚Klimaschutz zum Maßstab für alle Bereiche machen‘ will, droht die De-Industrialisierung Deutschlands. Wenn Baerbock erklärt, dieses Land brauche einen ‚Neuanfang‘ und ‚Veränderungen‘ seien ‚nötig‘, hilft ein Blick ins grüne Wahlprogramm:

Dort kann man ganz unmissverständlich nachlesen, was Baerbock jetzt bei ihrer Inthronisierungsrede zu verschleiern versucht hat: Ein Deutschland unter den Grünen wird ein anderes Deutschland sein, ein unfreies, ein sozialistisches, ein ärmeres Deutschland, das Wohlstandsverzicht, De-Industrialisierung und Massenarbeitslosigkeit bedeutet.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-baerbocks-harmonie-sosse-verschleiert-den-oeko-sozialismus-des-gruenen-wahlprogramms/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.4.2021

Auch in Corona-Zeiten: Unsere Kinder brauchen Schulabschlüsse!

Seit Monaten verschließt die Bundesregierung vor dieser Tatsache die Augen: Die unverhältnismäßigen und teilweise kontraproduktiven Corona-Maßnahmen gefährden die Zukunft unserer Kinder. Jetzt schlagen auch die Jugendämter unmissverständlich Alarm und geben eine düstere Prognose ab. Gegenüber den 104.000 Schulabbrechern im Jahr 2019 rechnen die Landesjugendämter für 2020 mit einer Erhöhung dieser Zahl auf 210.000 Schüler. Auch für das Jahr 2021 wird mit ähnlichen Zahlen gerechnet. Eine Katastrophe – nicht nur für die beruflichen, sondern auch für die sozialen Perspektiven. Die Spätfolgen bei Schülern der jüngeren Jahrgänge, die aktuell nicht die Grundschule besuchen können und erst in Zukunft die fatalen Folgen des verpassten fachlichen Anschlusses bemerken werden, sind da noch nicht eingerechnet.



Dabei ist es seit Langem immer deutlicher geworden: Schulen sind keine Pandemie-Treiber – und Kinder gehören nicht zu den Risikogruppen des Coronavirus. Beim Schutz der tatsächlichen Risikogruppen muss man aber ansetzen, wenn man sinnvoll und effektiv gegen Infektionen vorgehen will. In Zeiten von „Fridays for Future“, linker Indoktrination und unzähligen bildungspolitischen Experimenten steht es bereits miserabel genug um den Zustand der deutschen Bildung. Ein weiterer Nackenschlag für unsere Schüler ist daher so überflüssig wie ein Kopf. Öffnen wir deshalb die Schulen und ermöglichen wir unseren Kindern endlich wieder optimale Chancen für den erfolgreichen Abschluss ihrer Schullaufbahn!

<https://afdkompakt.de/2021/04/20/auch-in-corona-zeiten-unsere-kinder-brauchen-schulabschluesse/>

Joachim Kuhs zur ifo-Schulstudie

Erschreckende Daten. Unsere Kinder verlernen das Lernen.

Um herauszufinden, wie stark Deutschlands Kinder unter Schulschließungen und Fernunterricht leiden, befragte das ifo-Institut (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München) in einer Studie über 2000 Eltern. Fazit der Studienmacher: Die Coronakrise sei eine extreme Belastung für die Lernentwicklung und die soziale Situation vieler Kinder. Fast jedes vierte Kind beschäftige sich nicht mehr als zwei Stunden am Tag mit Schule. 39 Prozent haben nur maximal einmal in der Woche gemeinsamen Unterricht in der ganzen Klasse (etwa per Video).

Dazu Joachim Kuhs, Mitglied im Bundesvorstand und familienpolitischer Sprecher der Delegation der AfD im EU-Parlament:

„Die Daten sind erschreckend. Sie zeigen, was die völlig überzogenen Corona-Maßnahmen im Bildungsbereich unseren Kindern antun. Das erfahre ich auch ganz direkt in meinem persönlichen Umfeld. Mit derzeit zwei Kindern und sechs Enkelkindern in der Schule erlebe ich den Frust der Kinder und die Demotivation, wenn sie mit Maske in der Schule sitzen müssen oder zuhause eingesperrt sind und keine Kontakte mit ihren Schulfreunden haben dürfen.“



Als Vater und Großvater mache ich mir Sorgen, dass unsere Kinder ein verlorenes Schuljahr erleben, das sie im Blick auf ihre zukünftige Ausbildung völlig aus dem Tritt bringt. Sie verlernen das Lernen ohne die disziplinierende Wirkung eines kontinuierlich angebotenen Präsenzunterrichts.

Das alles darf nicht sein. Fernunterricht kann den normalen Schulunterricht nicht ersetzen. Besonders Kinder aus bildungsfernen Schichten verlieren den Anschluss und finden ihn wahrscheinlich nie wieder.

Wir fordern daher, alle Schulen unter den nötigen Hygienebedingungen umgehend wieder für den Präsenzunterricht zu öffnen.“

<https://www.afd.de/joachim-kuhs-zur-ifo-schulstudie/>

Das Wahlprogramm der Grünen

Nachdem die Medien die Grünen und damit Baerbock als kanzlertauglich hochgeschrieben haben, startet nun auch das Privatfernsehen unter frenetischem Applaus seine Mission „Annalena“. Bei Pro Sieben erhielt die Frischgekürte gestern Abend zur Primetime zunächst 45 Minuten am Stück ohne Werbeunterbrechung. Katrin



Bauerfeind und Thilo Mischke befragten sie gut gelaunt und ohne jede Kritik wie beim Kaffeeklatsch. Sie sei nicht die bessere Kanzlerkandidatin, es sei vielmehr das Zeichen von Emanzipation, dass sie nun als Kanzlerkandidatin für das hohe Amt zur Verfügung stehe, so die 40-Jährige.

Immerhin ist Baerbock ehrlich und kündigt direkt massive Steuererhöhungen an für den

Fall, dass sie Merkel beerbt. Ebenso stellt sie eine „einladende Einwanderungspolitik“ in Aussicht, das Ende für PKW mit Emissionen und mehr Geld für den Sozialstaat, denn es solle „menschlicher“ werden. Deutschland, eine der größten Volkswirtschaften der Welt, soll zur grünen Besserungsanstalt verkommen. Die Pro Sieben Moderatoren beklatschen am Ende ihre grüne Kanzlerkandidatin. Wenn vermeintliches Stühle besetzen als Emanzipation gilt, diese jetzt bedeutender als berufliche Qualifikation fürs Kanzleramt ist - dann spricht das Bände.

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/4276306392380563/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.4.2021

Demokratie braucht Meinungsvielfalt, keine einseitige politische Bildung

Volker Beck, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Grünen, hat heute mit dem Verein „Bildungsstätte Anne Frank e.V.“ in einer Online-Presskonferenz ein Eckpunktepapier für ein Stiftungsgesetz vorgestellt, das im Ergebnis darauf abzielt, die staatliche Förderung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung zu verhindern.

Bundessprecher Jörg Meuthen erklärt dazu:



„581 Millionen Euro haben die parteinahen Stiftungen aller im Bundestag vertretenen Parteien im Jahr 2017 aus dem Bundeshaushalt erhalten und untereinander aufgeteilt. Nur die Stiftung, die der größten Oppositionspartei im Bundestag nahesteht, soll von diesen Zuschüssen ausgeschlossen bleiben – darauf zielt der von dem Grünen Volker Beck und der ‚Bildungsstätte Anne Frank‘ heute vorgestellte Gesetzentwurf im Ergebnis ab.

Dass dieser Entwurf den Titel ‚Wehrhafte-Demokratie-Gesetz‘ trägt, ist der blanke Hohn. Denn zum Wesenskern der Demokratie gehört die Meinungsvielfalt und der Diskurs über unterschiedliche politische Positionen. Diesem Prinzip ist auch die Förderung parteinaher Stiftungen verpflichtet. Deren Aufgabe ist es, politische Bildung im Sinne ihrer unterschiedlichen Mutterparteien zu betreiben.

Ein Gesetz, das darauf abzielt, allein jener Stiftung Fördermittel vorzuenthalten, die der AfD nahesteht, verstößt damit gegen dieses demokratische Prinzip. Dass der heute vorgestellte Gesetzentwurf von einem Grünen stammt, ist deshalb wenig überraschend.“

<https://www.afd.de/joerg-meuthen-demokratie-braucht-meinungsvielfalt-keine-einseitige-politische-bildung/>

Stephan Brandner zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes

Ein Angriff auf Demokratie, Föderalismus und Grundrechte!

Mit einer Mehrheit von 342 Ja-Stimmen zu 250 Nein-Stimmen bei 64 Enthaltungen hat der Deutsche Bundestag die umstrittenen Änderungen des Infektionsschutzgesetzes beschlossen.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender, sieht in der Änderung einen Angriff auf Demokratie, Föderalismus und Grundrechte. Er bewertet die Änderung als weiteren Tiefpunkt in der jüngsten Geschichte der Bundesrepublik Deutschland:

„Der Gesetzentwurf ist nicht nur untauglich und verfassungswidrig: Er ist ein Schlag gegen Parlamentarismus und Föderalismus. Er schränkt den Rechtsweg gegen die Maßnahmen massiv ein, und er ist alles andere als ein Bevölkerungsschutzgesetz.

Es ist Angela Merkels Rache für die gescheiterte Osterruhe. Sie will nun die Macht im Kanzleramt bündeln und erwachsene Menschen wie kleine Kinder behandeln, die Hausarrest haben, weil wir Bürger für ihre Begriffe böse waren.

Die Debatte und die Abstimmung haben gezeigt: Nur die AfD steht auf dem Boden und hinter den Werten des Grundgesetzes.“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-zur-aenderung-des-infektionsschutzgesetzes/>

EU-Klimagesetz heute Nacht verabschiedet

Systemwandel“ der EU-Bürokraten bedroht unsere Freiheiten und unseren Wohlstand.

In der heutigen Nacht haben das EU-Parlament, die EU-Kommission und der Ministerrat im Trilog das Europäische Klimagesetz festgezurr. Neben Dr. Sylvia Limmer, der Umweltpolitischen Sprecherin der AfD-Delegation im EU-Parlament und Beisitzerin im Bundesvorstand der AfD, nahmen unter anderem Michael Bloss (Grüne) und Peter Liese (CDU) an den Verhandlungen teil. Sylvia Limmer kommentiert das Ergebnis wie folgt:



„Das EU-Klimagesetz schreibt rechtsverbindlich vor, dass die EU spätestens bis zum Jahre 2050 ‚klimaneutral‘ zu sein hat – was auch immer dies konkret heißen mag. Das Klimaziel, also die CO₂-Emissionseinsparungen im Vergleich zu 1990, beträgt bis 2030 nun 55 Prozent CO₂-Reduktion, darf aber gnädigerweise auch ‚übererfüllt‘ werden – vor gar nicht so langer Zeit waren es ‚nur‘ 40 Prozent Reduktion. Damit möchte die EU kurz vor dem Klimagipfel mit US-Präsident Joe Biden nicht nur Eindruck schinden. Vielmehr betonte Frau Guteland, die Wortführerin für das EU-Parlament, in der auf die Verhandlungen folgenden heutigen Pressekonferenz, dass die EU der globale Vorreiter einer Politik der Klimarettung werden soll. Oder wie Sie es formulierte, die EU soll die ‚Big Sister‘ zu ‚Little Brother‘ Joe Biden sein.

Dieses Klimagesetz verpflichtet die EU-Mitgliedsstaaten zu einer radikalen Veränderung ihrer Wirtschaft, ihrer Infrastruktur, ihrer Energieerzeugung, ihres Energieverbrauchs und überhaupt der gesamten gesellschaftlichen Art zu leben und zu arbeiten. Allerdings wurde die Formulierung, die jeden einzelnen Mitgliedsstaat explizit in die Pflicht genommen hätte, heraus genommen und durch eine eher EU-weit zu erreichende Klimaneutralität ersetzt. Es steht zu befürchten, dass Deutschland mit seiner derzeitigen Polit-Besetzung die EU-Big-Sister spielen wird, während andere Mitgliedsstaaten nun entspannter zustimmen können, da quasi ein Schlupfloch eingebaut wurde. Deutschland wird also nicht nur weiterhin sein Steuergeld transferieren, sondern obendrein brav CO₂-gerecht deindustrialisieren.

Als Grundlage dieses ‚Gesetzes aller Gesetze‘ (Guteland) dienen Berichte von VN-Konferenzen oder des Klimarates IPCC. Es ist sehr problematisch, sich auf Inhalte von Berichten von politischen und politisierten Institutionen zu berufen. Und ebenso ist es alarmierend, dass über 50 EU-Gesetze überarbeitet werden müssen. Dies ist mehr als die typische Brüsseler Bürokratiespirale. Es ist, wie es Pascal Canfin, Vorsitzender des zuständigen Umweltausschusses, enthusiastisch zusammenfasste, ein Systemwechsel („systemic change“).

Im Klartext bedeutet dies: Man ordnet alles der Ökodoktrin unter, ohne dabei Rücksicht auf Kollateralschäden zu nehmen, nimmt diese bewusst in Kauf und opfert nebenher Freiheit und Wohlstand.

Die Kosten dieser angeblich grünen Transformation betragen jährlich über 600 Milliarden Euro.

Sinnvoller wäre es, einen stabilen Rechtsrahmen für eine prosperierende Wirtschaft zu schaffen und sich durch kluge Innovationspolitik an klimatische Veränderungen anzupassen – ohne CO₂-Steuer, ohne CO₂-Emissionshandel, ohne Pariser Klimaschutzabkommen, ohne das Europäische Klimagesetz.“

<https://www.afd.de/sylvia-limmer-eu-klimagesetz-heute-nacht-verabschiedet/>

Geplante ARD-Sendungen – Wissenschaftlich verbrämter Wahlkampf für die Grünen

Die ARD kündigt ab Ende Juni zwei neue Formate an: „Wissen vor acht – Natur“ und „Wissen vor acht – Zukunft“ sollen immer montags und dienstags um 19:45 Uhr über den Sender gehen und, so die **Eigenwerbung**, „mit hervorragendem Journalismus“ den Fokus auf Klimawandel und Nachhaltigkeit legen.

Dazu der medienpolitische Sprecher des Bundesvorstandes Joachim Paul:

„Ausgerechnet zwölf Wochen vor der Bundestagswahl hebt die ARD zur besten Sendezeit Berichterstattung ins Programm, die sich für grüne Wahlkampfthemen stark macht. Über deren



Inhalte muss man sich nichts vormachen: Im wissenschaftlich verbrämten Gewand werden beide Sendungen kräftig für die Öko-Sozialisten trommeln.

Die Eigenwerbung der ARD zu den Sendungen zeigt bereits, wohin die Reise geht. Selbst die Corona-Epidemie wird mal eben den Folgen eines vom Menschen verursachten Klimawandels zugerechnet.

Zwar ist es richtig, wenn öffentlich-rechtliche Sender ihrem Informationsauftrag nachkommen, und naturwissenschaftliche Erkenntnisse vermitteln, aber das setzt eine objektive und ausgewogene Berichterstattung voraus – keine links-grüne Stimmungsmache.

Die öffentlich-rechtlichen Sender gehören dringend und gründlich reformiert. Eine Forderung, die von der AfD nachdrücklich vertreten wird.“

<https://www.afd.de/joachim-paul-geplante-ard-sendungen-wissenschaftlich-verbraemter-wahlkampf-fuer-die-gruenen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.4.2021

Merz folgt AfD-Forderung nach Verbot von „Gendersprache“

„Deutschland. Aber normal.“

Friedrich Merz kritisiert den Gebrauch der gegenderten Sprache. Einen Zwang zur Verwendung der „Gendersprache“ halte er für „rechtlich angreifbar“ und die überwiegende Mehrheit der Menschen lehne die Gendersprache ab, sagte Merz in einem Interview und verwies dabei auch auf das Gender-Sprachverbot in Frankreich, das dort für alle staatliche Institutionen gilt.

Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin, erklärt:

„Der Kampf gegen Gender-Gaga und den rot-grünen Zwang zur Sprachverhunzung ist stets begrüßenswert. Ob eine total vergrünte CDU mit konservativen Themen, hier die Ablehnung der aufgezwungenen Gender-Sprache, noch glaubwürdig erscheint, werden die Wähler entscheiden.“

Nach den Chaos-Tagen der Union versucht Merz angesichts der sich weiter verschlechternden Umfragen, Konservative mit AfD-Forderungen zu überzeugen. Das wird nicht gelingen. Die Panik der Union vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ist berechtigt.

Nur die AfD steht für **„Deutschland. Aber normal“**.

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-merz-folgt-afd-forderung-nach-verbot-von-gendersprache/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 17./18.4.2021

Sachverständigen-Anhörung bestätigt AfD-Kritik am Infektionsschutzgesetz

Zu dem jüngsten Gesetzesentwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), der weitere Grundrechtseinschränkungen vorsieht und bereits in der kommenden Woche verabschiedet werden soll, fand am Freitag, 16.04.21, eine Öffentliche Anhörung im Bundestag statt, zu der zahlreiche Sachverständige eingeladen waren, um von den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses befragt zu werden.

Dazu erklärt Detlev Spangenberg, Mitglied im Gesundheitsausschuss und Gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion:

„Der Gesetzesentwurf stand gerade unter den Rechtsfachleuten unter deutlicher Kritik. Die Stützung von Grundrechtsbeschneidungen lediglich auf Inzidenzwerte in Landkreisen hält einer wissenschaftlichen Begründung nicht stand. Den Bundesländern die Befugnisse zu entziehen, nach eigenem Ermessen Maßnahmen zu ergreifen und durchzusetzen, hat durch die geplante Bundesgesetzgebung die Wirkung, dass den Oberverwaltungsgerichten die Zuständigkeit entzogen würde.

Damit ist lediglich das Bundesverfassungsgericht zuständig, um über Verfassungsbeschwerden zu entscheiden. Andere Rechtswege und Abwehrmittel seien den Bürgern damit genommen, was die Bundesregierung offenbar beabsichtige, lautete die Erklärung eines Sachverständigen. Wenn es kein Problem wäre, derartige Rechtsstreitigkeiten beim Bundesverfassungsgericht abzuladen, erklärte ein Sachverständiger, würde die Notwendigkeit von Verwaltungsgerichten grundsätzlich in Frage gestellt.

Außerdem sei das gesamte Gesetz zu befristen und die siebentägige Widerspruchsfrist des Bundestages nicht akzeptabel und fragwürdig. Abendliche und nächtliche Ausgehverbote und andere erhebliche Grundrechtseinschränkungen, wie im Gesetzesentwurf vorgesehen, seien bisher einzigartig in der Bundesrepublik und mit Verfassungsgrundsätzen so nicht vereinbar. Ein Rechtssachverständiger spricht im Zusammenhang mit diesem Gesetzesentwurf von einem verfassungsmäßigen Risiko.

Auch die Praxistauglichkeit und Sinnhaftigkeit ist anzuzweifeln, da Ausgangsverbote die Menschen in ihre Wohnungen zwingen, statt sich an der frischen Luft aufhalten zu können. Infektionen finden aber vorwiegend in Innenräumen statt, bestätigt auch die Gesellschaft für Aerosolforschung. Zudem muss bei einer Ausgangssperre die Polizei jeden Menschen, der sich in der fraglichen Zeit draußen aufhält, kontrollieren und prüfen, ob einer der Ausnahmetatbestände zutrifft.



Insgesamt sieht sich die AfD-Fraktion durch die Ausführungen der Sachverständigen in ihrer Haltung bestätigt, was die fehlende Zweckmäßigkeit und die rechtlich fragwürdige Ausführung des Gesetzentwurfes betrifft.“

<https://afdbundestag.de/spangenberg-sachverstaendigen-anhoerung-bestaetigt-afd-kritik-am-infektionsschutzgesetz/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.4.2021

Eine Kanzlerin Baerbock wäre eine Katastrophe für Deutschland!

Zur Nominierung von Annalena Baerbock als Kanzlerkandidatin der Grünen teilt der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alexander Gauland, mit:



„Wenn es nach den Grünen geht, soll nun also Annalena Baerbock die nächste Bundeskanzlerin werden. Die Frau, die meint, in Batterien wohne ein Kobold und Strom könne man ‚im Netz‘ speichern hat sich gegen Robert Habeck durchgesetzt, der weder weiß, welche Aufgaben die BaFin hat noch was eigentlich die Pendlerpauschale ist. In Sachen Kompetenz war das also ein echtes Kopf-an-Kopf-Rennen.

Es ist im Ergebnis egal, wer für die Grünen antritt. Denn das Programm, das diese Partei vorlegt, ist darauf ausgerichtet, Deutschland in allen Bereichen schwerste und irreparable Schäden zuzufügen. Für Deutschland wäre eine

Bundesregierung unter Führung der Grünen eine Katastrophe und würde unserem Land noch mehr staatlichen Zwang und Unfreiheit bescheren und zu einer weiteren Zerstörung von Wohlstand, Innerer Sicherheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt führen.

Leider ist ein Wahlerfolg der Grünen alles andere als unwahrscheinlich, denn Frau Baerbock kann unter anderem auf die Unterstützung und Hilfe der zahllosen Sympathisanten der Grünen in den Medien zählen. Es bleibt zu hoffen, dass die Bürger nicht auf die als freundlich präsentierte Fassade hereinfallen und das wahre Gesicht dieser Partei erkennen.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/877171576199688/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.4.2021

Zum Wohle unserer Kinder – Nein zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes

Zu den Auswirkungen, die die geplante Änderung des Infektionsschutzgesetzes auf Kinder hat, sagt der familienpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Martin Reichardt:

„Seit Beginn der unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen ist der Kinderschutz in Deutschland zu einem ‚Schutz vor Kindern‘ mutiert. Die Gefährdung des Kindeswohls nehmen alle Fraktionen,



außer der AfD, billigend in Kauf. Kinder sind nur noch ein Körper, von dem eine Gefahr ausgeht. Sie sind eine Gefahr, nur weil sie existieren, nur weil sie atmen, so das Narrativ.

Kinder und Schulen sind keine Treiber der Pandemie. Dies belegen Zahlen aus Österreich, wo in Grundschulen keine Maske getragen und gleichzeitig flächendeckend getestet wird. Nur 0,08 Prozent der Schnelltests waren positiv.

Der jetzige Gesetzentwurf sieht vor, dass gesunde Kinder regelmäßig getestet werden und das mit einem Test, der für symptomatische Menschen ausgelegt und zudem unzuverlässig ist. Das bestätigen auch die vielen Meldungen von Schulen: 70 Prozent falsch-positive, sogar 100 Prozent in einer Schule in Naumburg, in meinem Wahlkreis. Die Folge dieser Tests sind: Quarantäne, Schulschließungen. Die psychischen Folgen für Kinder kann jeder einigermaßen emphatische Mensch nachvollziehen. Kindern, die nicht getestet sind, wird der Schulbesuch, ihr Recht auf Bildung, verwehrt. Kinder leiden nicht unter Corona, sie werden krank durch die Maßnahmen. Jeder, der diesem Gesetzentwurf zustimmt, macht sich schuldig an unseren Kindern.

Zum Wohle unserer Kinder und wegen der Verfassungswidrigkeit des Gesetzentwurfs stimmt die AfD-Fraktion nicht zu.“

<https://afdbundestag.de/reichardt-zum-wohle-unserer-kinder-nein-zur-aenderung-des-infektionsschutzgesetzes/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.4.2021

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur EU-Schulden- und Haftungsunion ist bestürzend

Heute hat das Bundesverfassungsgericht den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgelehnt, der sich gegen die Zustimmung des Bundestages zu dem Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz (ERatG) richtete. Bei diesem Zustimmungsgesetz handelt es sich um die Erlaubnis der EU zum ersten Mal in ihrer jahrzehntelangen Geschichte den EU-Haushalt mit Darlehensmitteln zu finanzieren. Dabei geht es um einen Betrag von mehr als 800 Milliarden Euro, der anschließend von der EU an die Mitgliedsstaaten zum großen Teil als verlorener Zuschuss verteilt werden soll.

Dies kommentieren der haushaltspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Peter Boehringer, und der finanzpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Albrecht Glaser:

„Wir nehmen mit Bestürzung zur Kenntnis, dass das Bundesverfassungsgericht den Antrag auf einstweilige Anordnung der Gruppe der Bürger, die die Verfassungsbeschwerde erhoben haben, abgewiesen hat, und damit möglicherweise den Weg für den Bundespräsidenten frei macht, das Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz in Kraft treten zu lassen.“

Es bleibt festzuhalten, dass die AfD-Bundestagsfraktion am 3. April in Karlsruhe eine Organklage gegen den Eigenmittelbeschluss eingereicht hat, verbunden mit einem Antrag auf einstweilige Anordnung, den Vollzug des Eigenmittelbeschlusses vorläufig auszusetzen. Erstaunlicherweise ist bis heute nicht erkennbar, ob und wann eine Entscheidung über den Antrag unserer einstweiligen Anordnung erfolgt, noch, ob der Hängebeschluss bezüglich des Ausfertigungsverbots gegenüber dem Bundespräsidenten auch für unseren Antrag auf einstweilige Anordnung gilt. Sofern dies nicht der Fall ist, erwarten wir als Antragsteller unserer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht



ebenfalls vorläufigen Rechtsschutz und dass eine Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten unterbleibt, solange über unseren Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz nicht entschieden worden ist.

Es ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass die Inhalte unserer Organklage sowie unseres Antrags auf einstweilige Anordnung in mehrfacher Hinsicht von den Rügen, die im Rahmen der Verfassungsbeschwerde erhoben worden sind, abweichen. Insofern bedarf es einer getrennten Prüfung unserer Organklage, die nicht durch die Verfassungsbeschwerde anderer Antragsteller präjudiziert sein kann.“

<https://afdbundestag.de/glaser-boehringer-entscheidung-des-bundesverfassungsgerichts-zur-eu-schulden-und-haftungsunion-ist-bestuerzend/>

Distanzunterricht nicht mehr tragbar

Im Zusammenhang mit den alarmierenden Ergebnissen der neuesten ifo-Studie zur Bildungssituation deutscher Schüler im zweiten Lockdown, erklärt der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Götz Frömming:

„Spätestens nach Erscheinen der ersten ifo-Studie im August 2020 hätte den Kultusministern klar sein müssen, dass der zur Kontaktvermeidung eingesetzte Distanzunterricht weder einen gleichwertigen Ersatz zum Präsenzunterricht bietet, noch effektiv den Lernverlust der Schüler verhindern kann. Stattdessen verschlossen die verantwortlichen Politiker wie so oft die Augen vor der Realität, wertvolle Zeit blieb ungenutzt.

Was der Jugend angetan wird ist dramatisch. Die unzureichende Notbeschulung führt nicht nur zu einer starken Zunahme verschiedenster Verhaltensauffälligkeiten, sondern möglicherweise zu irreversiblen Brüchen in den individuellen Bildungsbiografien.

Angesichts der massiven Folgeschäden ist ein weiteres Beharren auf dem Distanzunterricht nicht mehr tragbar.

Das Infektionsschutzgesetz weist in die komplett falsche Richtung und könnte dazu führen, dass in manchen Landkreisen die Schulen dieses Jahr gar nicht mehr aufmachen.“

<https://afdbundestag.de/froemming-distanzunterricht-nicht-mehr-tragbar/>

Freiheit statt Notstand!



Wir sagen Nein zum Infektionsschutzgesetz. Die Bürger in Deutschland müssen eigenverantwortlich und frei leben können. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag steht für



Freiheit statt Notstand!

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/878314109418768/>

Staatliche Suizidhilfe ist Einstieg in eine Kultur des Todes

Der Bundestag debattiert heute über eine staatlich geförderte Suizidhilfe. Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Beatrix von Storch, erklärt dazu:

„Sich das Leben zu nehmen, ist nach meiner ganz persönlichen, festen Überzeugung kein Ausdruck einer ‚autonomen Selbstbestimmung‘. Es ist fast immer ein Akt der vollständigen Verzweiflung. Das gilt für den schwer kranken 90-Jährigen, der keine Hilfe zum Sterben, sondern beim Sterben, also menschliche Begleitung und eine tatsächlich schmerzlindernde palliativmedizinische Versorgung braucht. In dieser Debatte geht es aber auch um den 40-jährigen Familienvater, der gerade seine Existenz verloren hat, oder um den 19-Jährigen, den seine Freundin verlassen hat. Sie brauchen Hilfen zum Leben. Staatliche Angebote zum Sterben öffnen die Büchse der Pandora hin zu einer Kultur des Todes. Ich trete ein für eine Kultur des Lebens.“

<https://afdbundestag.de/beatrix-von-storch-staatliche-suizidhilfe-ist-einstieg-in-eine-kultur-des-todes/>

Deutschland muss sich stärker für den Schutz verfolgter Christen engagieren

Erneut wurde in Ägypten auf dem Sinai ein 62-jähriger koptisch-orthodoxer Christ von Anhängern des sogenannten Islamischen Staates ermordet. Der Mann war zuvor mehrere Monate gefangen gehalten worden. Hierzu erklärte der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Armin-Paulus Hampel:

„Die aktuellen außenpolitischen Krisen in der Welt halten uns alle in Atem und diese sind für Deutschland natürlich wichtig. Wir schauen mit Recht auf die ernste Lageentwicklung in der Ukraine, die sich anbahnende Konfrontation der neuen US-Regierung mit China, absehbare Handelskonflikte oder Afghanistan. Und Themen wie der Hungerstreik von Herrn Nawalny in Russland oder das sogenannte ‚Sofa-Gate‘ mit Frau von der Leyen in der Türkei binden mediale Aufmerksamkeit.

Aber wir dürfen darüber nicht andere, oft als Einzelereignisse im täglichen Nachrichtenstrom untergehende Meldungen vergessen. Die Ermordung des koptisch-orthodoxen Christen auf dem Sinai durch den immer noch in vielen Teilen der Welt aktiven ‚Islamischen Staat‘ steht exemplarisch für das tägliche Schicksal verfolgter Christen in der Welt. Und daher fordert die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag von der Bundesregierung und vor allem von Außenminister Maas zum wiederholten Male, sich spürbar stärker für den Schutz von Christen zu engagieren. Leider findet das bisher keine positive Resonanz.“

<https://afdbundestag.de/hampel-deutschland-muss-sich-staerker-fuer-den-schutz-verfolgter-christen-engagieren/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.4.2021

AfD-Bundestagsfraktion hat beim Bundesverfassungsgericht Hängebeschluss gegen EU-Aufbaufonds beantragt

Der Prozessbevollmächtigte der AfD-Bundestagsfraktion, Professor Karl-Albrecht Schachtschneider, hat gestern beim Bundesverfassungsgericht beantragt, dem Bundespräsidenten durch Hängebeschluss zu untersagen, das Zustimmungsgesetz Deutschlands zum EU-Eigenmittelbeschluss, das der Deutsche Bundestag am 25. März verabschiedet hat und dem der Bundesrat am 26. März zugestimmt hat, auszufertigen und zu verkünden.

Dies kommentieren der haushaltspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Peter Boehringer, und der finanzpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Albrecht Glaser:

„Nachdem gestern durch das Gericht bekannt gegeben wurde, dass der Antrag auf einstweilige Anordnung des Bündnisses ‚Bürgerwille‘ auf Aussetzung des Ratifikations-Verfahrens des Eigenmittelgesetzes vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt worden ist, folgt aus diesem Vorgang, dass auch die Wirkung des Hängebeschlusses vom 26. März 2021 beendet ist.

Durch den Beschluss über den Eilantrag der Klägergruppe ‚Bürgerwille‘ (AZ 2 BvR 547 /21) hat sich jedoch der Eilantrag der AfD-Bundestagsfraktion (AZ 2 BvE 4/21) noch nicht erledigt. Wir haben darum gestern sofort beim Bundesverfassungsgericht nun unsererseits einen Hängebeschlussantrag gegen das Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz gestellt. Darum ist eine erneute Maßnahme des Gerichts erforderlich, um unseren Anspruch auf Rechtsschutz nicht leerlaufen zu lassen.

Parallel wurde der Bundespräsident gebeten, mit der Unterzeichnung bis zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts über diesen Antrag abzuwarten.“

<https://afdbundestag.de/glaser-boehringer-afd-bundestagsfraktion-hat-beim-bundesverfassungsgericht-haengebeschluss-gegen-eu-aufbaufonds-beantragt/>

Bundesrat hat seine Pflicht zur Anrufung des Vermittlungsausschusses vertan – und vor Merkel gekuscht

Der Bundesrat hat den Weg für die Änderung des Infektionsschutzgesetzes, die massive Beschränkungen der Grundrechte vorsieht, freigemacht. Es ist aber erhebliche Kritik durch die Ministerpräsidenten geäußert worden.

Stephan Brandner, Justiziar der AfD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Vermittlungsausschusses, erklärt dazu:

„Ich bedauere sehr, dass die Ministerpräsidenten sich ihrer Verantwortung nicht bewusst waren und die Anrufung des Vermittlungsausschusses als Chance, das verfassungswidrige Gesetz zu verhindern, nicht wahrgenommen haben.

Die Ministerpräsidenten sind eigentlich keine Befehlsempfänger von Bundeskanzlern, als die sie sich offenbar selbst wahrnehmen: sie müssten selbstbewusst im Interesse ihrer Länder und der Bürger agieren. Dazu hat ihnen das Grundgesetz die Instrumente an die Hand gegeben. Sie haben aber die historische Chance, gegen ein offensichtlich verfassungswidriges Gesetz Einspruch einzulegen, liegenlassen und ihrer eigenen Entmachtung zugestimmt, obwohl manchen



von ihnen offenbar klar war, welcher großer Fehler das ist.“

<https://afdbundestag.de/brandner-bundesrat-hat-seine-pflicht-zur-anrufung-des-vermittlungsausschusses-vertan-und-vor-merkel-gekusch/>

Den Grünen geht die Beschneidung der Grundrechte nicht weit genug

Zur Enthaltung der Grünen im Bundestag bei der Abstimmung zum Infektionsschutzgesetz erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, Alexander Gauland:

„Die Grünen haben sich bei der Abstimmung zum Infektionsschutzgesetz enthalten, weil ihnen die massive Beschneidung der Grundrechte noch zu wenig ist.

Der volkswirtschaftliche Schaden, den die Regierung mit ihrer Politik anrichtet, ist den Grünen noch nicht groß genug. Deshalb wollen sie vor allem die Wirtschaft noch mehr in die Mangel nehmen.

Mit ihrem Beitrag zum Infektionsschutzgesetz zeigen die Grünen, wohin die Reise geht, wenn sie in der an Regierung beteiligt werden: Verbote, Einschränkungen, Unfreiheit.

Mit dieser Verbotsparterie käme Deutschland vom Regen in die Traufe. Diese Gefahr ist real. Denn auch, wenn die Bürger nicht auf die unverhohlene und dreiste Wahlwerbung der Medien für die Grünen hereinfallen, ist auch jede Stimme für die Union eine Stimme für eine grüne Regierungsbeteiligung.

Die Haltung der Grünen-Fraktion zum Infektionsschutzgesetz muss jedem freiheitlich gesinnten Bürger eine erneute Warnung vor dieser linksautoritären Partei sein.“

<https://afdbundestag.de/gauland-den-gruenen-geht-die-beschneidung-der-grundrechte-nicht-weit-genug/>

Fünf Jahre Armenien-Resolution – Bundesregierung knickt vor Erdogan ein

In dieser Woche gedenken die Armenier des Völkermordes an ihrem christlichen Volk durch die Türken. Am 24. April 1915 begann dieser Genozid, und erst 2016 hat ihn der Deutsche Bundestag als solchen anerkannt. Der menschenrechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Jürgen Braun, beklagt weitere fünf Jahre Nichtstun der Regierung Merkel:

„Die Kanzlerin und der Außenminister vermeiden das Wort ‚Völkermord‘ wie der Teufel das Weihwasser. In der Antwort auf unsere Große Anfrage hat sich das deutlich bestätigt.“

Braun bezieht sich auf die Große Anfrage der AfD-Fraktion, die in dieser Woche im Deutschen Bundestag behandelt wird:

„Fast nichts hat die Regierung Merkel für die Aufarbeitung des islamisch motivierten Völkermordes an den christlichen Armeniern getan, und nun sollen auch noch die einzigen beiden kleinen Maßnahmen auslaufen. Ohnehin hat es über 100 Jahre gedauert, bis ein deutsches Parlament den Mut hatte, diesen Völkermord beim Namen zu nennen.

Wenn die Bundesregierung den Völkermord an den Armeniern weiter ignoriert, bleibt die Bundestags-Resolution von 2016 ein reines Lippenbekenntnis, und die islamischen Völkermörder von einst werden durch heutige deutsche Politiker faktisch gerechtfertigt. Dieses Einknicken vor Erdogan kostet heute viele Menschen in Armenien und vor allem in der christlichen Region Berg-Karabach das Leben.“



<https://afdbundestag.de/braun-fuenf-jahre-armenien-resolution-bundesregierung-knickt-vor-erdogan-ein/>

EU mit Westbalkan-Politik komplett gescheitert

Wie verschiedene Medien berichten, existiert ein Non-Paper der slowenischen Regierung zu einer territorialen Neuordnung des Westbalkans nach ethnischen Aspekten.

Dazu äußert sich der AfD-Bundestagsabgeordnete Siegbert Droese, Mitglied im EU-Ausschuss:

„Wenn eine Strategie erfolglos ist, muss man sie ändern. So ist die EU-Strategie für den Westbalkan längst an ihr Ende gekommen: Weder mit Truppen im Kosovo, noch mit Diplomatie hat Brüssel die Spannungen auf dem Westbalkan verringern können. Die Bilanz von 25 Jahren Dayton-Abkommen für Bosnien-Herzegowina ist äußerst mager. Deshalb braucht es Alternativen, neue Denkanstöße. Warum sollte man nicht erst mal sachorientiert und ergebnisoffen die Ideen des slowenischen Papiers diskutieren, bevor man es gleich in Bausch und Bogen ablehnt? Wenn es seit 30 Jahren nach dem Jugoslawienkrieg kaum Aussöhnung gibt und dazu noch neue Streitigkeiten zwischen EU-Staaten wie Bulgarien und EU-Kandidaten wie Nordmazedonien, dann muss über andere Optionen nachgedacht werden.“

Fakt ist, dass die EU den Westbalkan in ein Korsett gepresst hat, dass zum Beispiel EU-Werte über jahrhundertalte Traditionen stellt. Das kann nicht funktionieren. Deshalb: Ernsthaft über das Non-Paper nachdenken und die ganze Diskussion auf eine neue Grundlage stellen! Diese Debatte muss ebenso die neuen Regionalmächte wie Serbien, Kroatien, aber auch Ungarn aktiv mit einbeziehen.“

<https://afdbundestag.de/roese-eu-mit-westbalkan-politik-komplett-gescheitert/>

Grundlage für Eingriff in die Grundrechte herbeigetestet

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Uwe Witt, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, fragte die Bundesregierung nach den Auswirkungen der Antigen-Tests (Corona-Laientests) auf die Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Zur Antwort der Bundesregierung teilt Witt mit:

„Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) hat zum 7. April 2021 31 Sonderzulassungen nach § 11 Absatz 1 Medizinproduktegesetz (MPG) von Antigen-Tests zur Eigenanwendung durch Laien (Selbsttests) zum Nachweis von SARS-CoV-2 erteilt und veröffentlicht auf seiner Internetseite eine Liste von erteilten Sonderzulassungen. Die Bundesregierung erklärt, dass durch diese Corona-Laientests eine zusätzliche Sicherheit geboten werden könne und Kindern und Jugendlichen damit wieder ein direkterer Zugang zu Bildung und sozialem Austausch ermöglicht werde. Die Regierung widerspricht sich hier selbst, wenn diese seit Tagen wieder von härteren Lockdown-Maßnahmen spricht und Kindern und Jugendlichen verbietet, die Schule zu besuchen oder Freunde zu treffen. Allein durch die Rate an falschpositiven Tests steigt die Inzidenzzahl an, je mehr Tests durchgeführt werden.“

Was wir hier erleben, ist ein extremer Eingriff in die Grundrechte. Als Grundlage wird hier eine konstruierte und herbeigetestete Pandemielage angeführt, die rein gar nichts mit der Realität in unserem Land zu tun hat.“

<https://afdbundestag.de/witt-grundlage-fuer-eingriff-in-die-grundrechte-herbeigetestet/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.4.2021

Merkel muss sich heute unbequemen Fragen stellen

Heute wird im Untersuchungsausschuss Wirecard als Zeugin Bundeskanzlerin Angela Merkel befragt. Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Wirecard, Kay Gottschalk, teilt dazu mit:

„Frau Dr. Merkel verfügt über die Richtlinienkompetenz gegenüber anderen Regierungsmitgliedern und muss sich als Chefin des Ganzen schon einige unbequeme Fragen stellen lassen. Besonders bezüglich des Themas Lobbyismus im Kanzleramt gibt es einige Angriffspunkte. Inwiefern bekommen ehemalige Minister oder andere Vertraute Unterstützung des Kanzleramtes und können für Firmen wie Wirecard Werbung machen?

Mit Spannung werde ich auf Differenzen in der Darstellung der Minister Altmaier, Scholz und jetzt der Kanzlerin warten, die alle wahrheitspflichtig aussagen müssen. Vielleicht hat Frau Dr. Merkel ja noch Rechnungen offen, die sie jetzt auf ihrem letzten Meter noch begleichen möchte.

Insgesamt bin ich mit der Leistung des Untersuchungsausschusses aber sehr zufrieden, gerade bei der BaFin wurden wichtige personelle Veränderungen getroffen. Die AfD-Fraktion wird aber nicht müde weitere Verbesserungen für den Finanzstandort Deutschland auf den Weg zu bringen, wie eine vierjährige Rotation bei den Wirtschaftsprüfern. Die derzeitige Rotation von 10 Jahren ist deutlich zu lang. Die Kumpanei der einzelnen Prüfstellen mit den zu prüfenden Firmen muss ein Ende haben, um eine neutrale Prüfung zu gewährleisten.“

<https://afdbundestag.de/gottschalk-merkel-muss-sich-heute-unbequemen-fragen-stellen/>

Förderung von Impfstoffentwicklung darf nicht willkürlich vergeben werden

Auf eine Kleine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Uwe Witt, Mitglied im Ausschuss Gesundheit, nach einer Möglichkeit, den von Professor Winfried Stöcker entwickelten alternativen Corona-Impfstoff finanziell und wissenschaftlich zu fördern, teilte die Bundesregierung mit, dass im Rahmen der Projektförderung des BMBF derzeit keine Möglichkeit einer Förderung bestehe. Weiterhin ergibt sich aus der Antwort, dass das Bundesministerium für Gesundheit jedoch Sponsoren und pharmazeutische Unternehmer in der aktuellen pandemischen Lage unterstützt, indem Projekte im Zusammenhang mit COVID-19 von der zuständigen Bundesoberbehörde mit höchster Priorität behandelt werden.

Witt teilt dazu mit:

„Nach Ausbruch der Pandemie hat Euroimmun als eines der ersten Unternehmen verschiedene Corona-Tests entwickelt. Es muss einem zu denken geben, wenn die Bundesregierung im Rahmen der Projektförderung des BMBF derzeit keine Möglichkeit einer Förderung sieht. Die Entwicklung und breite Verfügbarkeit zugelassener, effektiver und sicherer Impfstoffe und Therapien gegen SARS-CoV-2 müssen als wesentlicher Faktor Beachtung finden und sollte höchste Priorität haben, um die aktuelle Pandemie zu überwinden beziehungsweise SARS-CoV-2-Infektionen langfristig zu kontrollieren.

Dieses willkürliche Auswahlverfahren hinterlässt den schalen Nachgeschmack von Vetternwirtschaft.“



<https://afdbundestag.de/witt-foerderung-von-impfstoffentwicklung-darf-nicht-willkuerlich-vergeben-werden/>

Video-Empfehlungen

Armin Laschet entlarvt! Wer ist er wirklich? Die dunkle Vergangenheit! | Dr. Gottfried Curio
<https://www.youtube.com/watch?v=gy3url8jACA&list=PLHX7-AA6UAq1pnjWiquMQDrbyzkYQUdXH>

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Meldungen aus Deutschland und der Welt

Vermischtes aus Deutschland und der Welt

AfD-Arbeitsgruppe Verfassungsschutz: Bundesvorstand ignoriert Parteitagsvotum

<https://www.rnd.de/politik/afd-arbeitsgruppe-verfassungsschutz-bundesvorstand-ignoriert-parteitagsvotum-WTNM54DO5ZHJDCDOQDPHULQCGA.html>

AfD beantragt Gründung einer Akademie für deutsche Sprache!

<https://afdkompakt.de/2021/04/21/afd-beantragt-gruendung-einer-akademie-fuer-deutsche-sprache/>

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08qQRaG58QD1QiNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>

Maskenpflicht: Bystron erinnert Schulleiter an Ermessensspielraum

<http://www.pi-news.net/2021/04/maskenpflicht-mdb-petr-bystron-erinnert-schulleiter-an-ermessensspielraum/>

AfD reicht Antrag gegen Corona-Testzwang ein

<https://afdkompakt.de/2021/04/15/afd-reicht-antrag-gegen-corona-testzwang-ein/>

Bundestag beschließt neues Infektionsschutzgesetz

https://rp-online.de/panorama/coronavirus/corona-liveblog-bundestag-beschliesst-neues-infektionsschutzgesetz_aid-49194351

Endgültiges Ergebnis der Namentlichen Abstimmung zum Infektionsschutzgesetz

https://www.bundestag.de/resource/blob/836490/e63837d2aa7a4f2cba9a4e61359c6226/20210421_6-data.pdf



Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-qkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“



Fakten in Bildern

Ende der Haustierhaltung

"Wir können alleine durch den Wegfall der Hunde in Deutschland ca. 19 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid einsparen. Das entspricht fast soviel CO₂ wie man mit einem Auto bei zehntausend Erdumrundungen freisetzen würde - fast 10% des Straßenverkehrs. Dazu kommen noch Katzen, Pferde und viele weitere Tiere. Die private Tierhaltung muss daher ein Ende haben und wenn es durch eine CO₂ Steuer auf Haustiere erfolgt.", sagt Annalena Baerbock (39).



Annalena Baerbock (Grüne)

"Die kommenden Wochen werden die entscheidenden." (März 2020)
"Die kommenden Wochen werden die entscheidenden." (April 2020)
"Die kommenden Wochen werden die entscheidenden." (Mai 2020)
"Die kommenden Wochen werden die entscheidenden." (Juni 2020)
"Die kommenden Wochen werden die entscheidenden." (Juli 2020)
"Die kommenden Wochen werden die entscheidenden." (August 2020)
"Die kommenden Wochen werden die entscheidenden." (September 2020)
"Die kommenden Wochen werden die entscheidenden." (Oktober 2020)
"Die kommenden Wochen werden die entscheidenden." (November 2020)
"Die kommenden Wochen werden die entscheidenden." (Dezember 2020)
"Die kommenden Wochen werden die entscheidenden." (Februar 2021)

Corona: Die 3. Welle stoppen

↳ Bundestag beschließt ◀

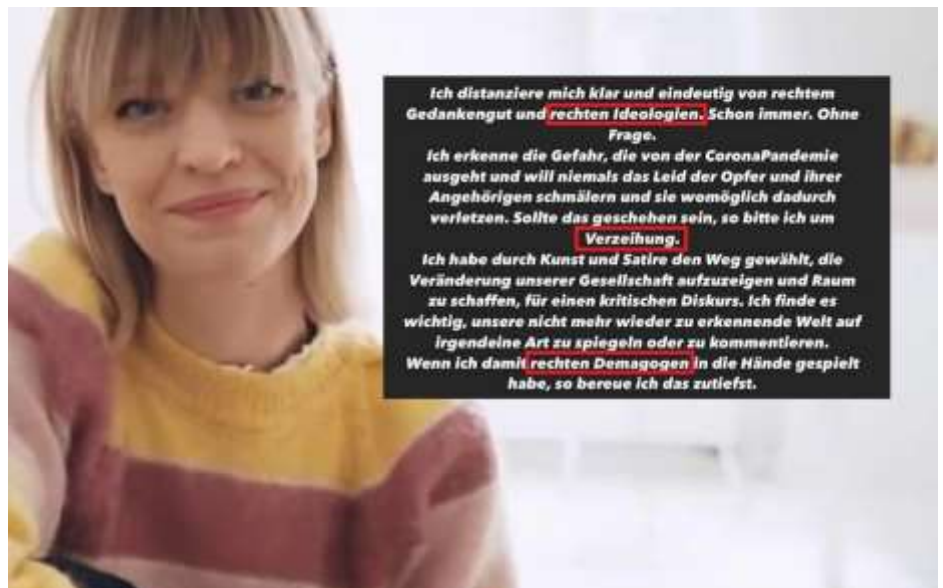
Bundesregelungen zur Notbremse

ab 7-Tage-Inzidenz **über 100*** soll gelten

Private Kontakte	Ein Haushalt trifft maximal eine weitere Person
Ausgangsbeschränkung	von 22 bis 5 Uhr, Sport alleine bis 24 Uhr erlaubt
Einzelhandel des erweiterten täglichen Bedarfs (z. B. Supermärkte)	Begrenzte Kundenzahl je nach Größe des Geschäfts, mit Maske
Übriger Einzelhandel	Bis Inzidenz bis 150* Terminshopping mit Test und Maske. Darüber: geschlossen
Sport	Im Freien, Individualsport mit max. 2 Personen oder eigenem Haushalt, kontaktloser Gruppensport für 5 Kinder bis 14 Jahre
Kultur und Freizeit	ohne Präsenz/geschlossen
Körpernahe Dienstleistungen	Medizinische und ähnliche Dienstleistungen sowie Friseure und Fußpflege erlaubt mit FFP2-Maske (Friseure/Fußpflege zusätzlich mit Test)
Gastronomie	geschlossen, Abholung und Lieferservice möglich
Schulen	2x pro Woche Testen bei Wechselunterricht. Bei Inzidenz über 165* Unterricht zu Hause

*an drei aufeinander folgenden Tagen

© Bundesregierung





Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen